



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter  
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gefaltete Seite 1, - Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Fämkche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Von der Arbeitswilligkeit der Erwerbslosen.

Je länger die Erwerbslosigkeit dauert, je höher sie steigt, je mehr werden Stimmen aus bürgerlichen Kreisen laut, die der Meinung Ausdruck geben, der größte Teil der Erwerbslosen bestände aus Faulenzern. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ und andere Unternehmer-Organe üben sich seit Wochen darin, die Arbeitscheu der Erwerbslosen nachzuweisen. Die Erwerbslosenunterstützung würde demoralisierend und begünstige die Arbeitscheu. Sie dürfe nicht erhöht, sondern muß im Gegenteil herabgesetzt werden. Der deutsche Arbeiter ist in der ganzen Welt als arbeitsam und fleißig bekannt. Der rasche Aufstieg der deutschen Industrie, die Entwicklung einer reichen und mächtigen Bourgeoisie in wenigen Jahrzehnten zeugen davon, daß der Fleiß des deutschen Arbeiters und Angestellten nach dieser Richtung reichlich seine Früchte trug.

Natürlich ist es nicht zu verkennen, daß, wenn jemand Monate hindurch zum Feiern gezwungen ist, eine gewisse Entwöhnung von der Arbeit eintritt. Eine ganz natürliche Erscheinung, die man nicht besonders zu betonen braucht. Man sieht sie aber nur bei den Arbeitern und Angestellten, von denen man der Meinung ist, daß sie zum Arbeiten geboren seien. Auf der anderen Seite gibt es Tausende und Abertausende von Leuten außerhalb des Arbeiterstandes, die nie in ihrem Leben eine volkswirtschaftlich notwendige Arbeit verrichteten. Dennoch nehmen diese Müßiggänger in hohem Maße an den Früchten der Arbeit anderer teil. Doch daran denkt man nicht, man hält dies im Gegenteil ganz in der Ordnung.

Die Gewerkschaften wissen sehr wohl, daß sich unter den Arbeitslosen auch Drückeberger befinden. Diese haben sich aber auch schon von der regelmäßigen Arbeit zu drücken gewußt, als es noch keine Arbeitslosenunterstützung gab. Die Arbeitswilligkeit der Erwerbslosen zu prüfen ist schwer, die Prüfung kann vor allem von den Leitern der Arbeitsnachweise vorgenommen werden. Die Fachleute der Arbeitsnachweise haben sich noch wenig über die Resultate ihrer Beobachtungen geäußert. So ist es interessant, die Ergebnisse von Beobachtungen nachzulesen, die der Geschäftsführer des öffentlichen Nachweises in Oberhausen, einer Stadt im westdeutschen Industriegebiet, Jülich, in den „Wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr“ veröffentlicht. Wir lesen dort u. a.:

„Es soll nicht bestritten werden, daß sich in der Erwerbslosenfürsorge auch Leute befinden, denen die Arbeit nicht Lebensinhalt ist. Das leugnen zu wollen, wäre falsch; aber ebenso falsch ist es, aus dieser Tatsache folgern zu wollen, daß ein großer Teil der Erwerbslosen oder gar die Mehrheit arbeitsunwillig sei. Die meisten Arbeitsnachweise haben besondere Verfahren organisiert, um aus der Masse der Erwerbslosen die Notstandsarbeiter auszusuchen zu können, weil sie sich vor dem Ansturm der Erwerbslosen, die Notstandsarbeit haben wollten, nicht retten konnten, sobald sie durch Anschlag Notstandsarbeiter suchten. Selbst die Nichtarbeit, die von den Erwerbslosen für die Unterstützung und einen kleinen, Zuschlag gestiftet werden muß, haben z. B. beim Arbeitsnachweis Oberhausen nicht 3 Proz. derjenigen, denen die Arbeit angeboten wurde, abgelehnt.“

Und an einer anderen Stelle schreibt Herr Jülich, daß sich die Erwerbslosen bitter darüber beklagen, daß die Notstandsarbeit nicht länger als drei Monate dauert.

Die laufende Vermittlung von Arbeitskräften durch die öffentlichen Arbeitsnachweise wird in der Regel dadurch eingeschränkt, weil die Unternehmer ihren Bedarf an Arbeitern nicht restlos bei den Arbeitsnachweisen anmelden. Auch wir wissen ja davon ein Lied zu singen. Und da die Erwerbslosen, schon weil sie Unterstützung beziehen, sich restlos beim Arbeitsnachweis melden, ist ein einseitiges Verhältnis zustande gekommen. Des beklagt auch der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises von Oberhausen, indem er schreibt:

„Der heutige Zustand, daß sich die Nachfrage nach Arbeit infolge der Erwerbslosenfürsorge fast restlos am

Arbeitsnachweis sammelt, während das Angebot von Arbeit zum größten Teil am Arbeitsnachweis vorbeigeht, ist auf die Dauer unmöglich. Mögen die Arbeitgeber dem Arbeitsnachweis ihre freien Stellen melden, dann werden die Klagen über die Faulenzler unter den Erwerbslosen schon aufhören.“

Ein weiterer Einwand, der von der Unternehmerpresse und teilweise auch von der Öffentlichkeit gemacht wird, ist der, daß die Arbeitslosen ihre Stellung bald wieder aufgeben und dies teilweise unter fadenscheinigen Gründen. Der genannte Artikelschreiber hat auch solche Fälle untersucht, worüber er mitteilt:

„Ich bin häufig solchen Fällen nachgegangen und habe mehr als einmal festgestellt, daß die Arbeit sicher nicht aufgegeben worden wäre, wenn der Arbeitgeber bzw. sein Beauftragter etwas mehr Verständnis für die Lage der Erwerbslosen und etwas mehr Geduld gehabt hätte. Jeder weiß, wie einem zumute ist, der nach längeren Pausen wieder turnerische Übungen aufnimmt. Da spürt man jeden Muskel und kann sich kaum rühren. Ebenso wird es auch dem Erwerbslosen gehen, der monatelang nicht gearbeitet hat. Wenn die ersten acht Tage überstanden sind, dann ist alles überstanden, in den ersten acht Tagen mühten die Arbeitgeber etwas mehr Geduld haben; damit würden sie manchem durchaus arbeitswilligen Erwerbslosen die Rückkehr in das geordnete Arbeitsleben sehr erleichtern.“

Es sind wahre Worte, denen das Organ der Industrie- und Handelskammer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hier Raum gibt. Die Unternehmer haben in der Tat wenig Verständnis für die Lage der Erwerbslosen und zeigen auch nicht das Bestreben, etwas mehr Geduld zu üben. Nicht zu verachten ist es deshalb, wenn ihnen hier ins Gewissen geredet wird. Die Erwerbslosen in Deutschland sind in ihrer Mehrheit durchaus bereit, wieder ins Erwerbsleben zurückzukehren. Es will man ihnen nur die Möglichkeit dazu bieten. Was ist ganz gut, wenn dies von einer neutralen Stelle und noch dazu in einem Unternehmerorgan bestätigt wird. Diese Arbeitswilligkeit wird auch dann noch bestehen, wenn die Erwerbslosenunterstützung erhöht wird. Die Arbeitslosen sind die Opfer einer tiefgreifenden Umstellung der deutschen Industrie. Ihnen muß Unterstützung und Schutz gewährt werden. Die Unternehmer mögen ihrerseits ihren Teil dazu beitragen, daß das Los der Erwerbslosen erleichtert wird. Und zwar, indem sie alle freiverwendenden Stellen anmelden und den Versuch machen, sich das ihnen verlichene Prädikat Wirtschaftsführer auch wirklich zu erwerben. Wirtschaftsführer sein, heißt auch die Schäden der Rationalisierung soweit zu überwinden, daß nicht Millionen deshalb müßig gehen müssen. Die Arbeiter können zur Überwindung beitragen, indem sie vor allem die Ueberstunden verweigern. Aber neben dem allen muß festgestellt werden: Die Arbeitswilligkeit der Erwerbslosen ist vorhanden. Man gebe ihnen Arbeit und es wird sich das einstellen, was der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises von Oberhausen bei der Vermittlung von Notstandsarbeit feststellen konnte: Man kann sich vor dem Ansturm der Erwerbslosen nicht retten.

## Unglaubliche Zustände.

Ist es nicht bedauerlich, daß in einer Gewerkschaftszeitung zum Kampfe gegen die Ueberstunden aufgerufen werden muß? Und doch erscheint dies nach den Feststellungen und angesichts der wieder nach oben gehenden Erwerbslosenziffer dringend notwendig zu sein. Der Kollege Leipart hat vor einigen Tagen in einer Konferenz in Süddeutschland mit überzeugenden Worten auf den Unfug des Ueberstundenwesens hingewiesen. Sehr traffe Beispiele über den Umfang der Leistung von Ueberstunden finden wir in Nummer 49 der Metallarbeiter-Zeitung. Wir lesen dort:

„In der Schwerindustrie einer westfälischen Stadt wurden in fünf Betrieben mit 23 115 Arbeitern wöchentlich 215 400 Ueberstunden gemacht, das sind wöchentlich durchschnittlich 10 Stunden auf den Arbeiter, 30 480 Tonnen wurden über eine wöchentliche Arbeitsdauer von 56 Stunden hinaus geleistet. Die Stadt hat 700 erwerbslose Metallarbeiter. Beim Achtstundentag würde sie keinen

Erwerbslosen mehr haben. . . In der Maschinenindustrie ist es genau so, da gibt es ganz bedeutende Stundenzahlen über eine wöchentliche Arbeitsdauer von 54 Stunden hinaus, obgleich allerwärts große Scharen Erwerbsloser vorhanden sind. Eine süddeutsche Maschinenfabrik mit 580 Arbeitern leistet wöchentlich 9280 Stunden Ueberarbeit über den Achtstundentag, das sind auf den Arbeiter wöchentlich 15 Ueberstunden. 5800 Stunden wurden über die 54-Stunden-Woche hinaus geleistet. Dabei gibt es an diesem Ort 607 erwerbslose Kollegen. Eine Zusammenstellung, die in der statistischen Abteilung unseres Verbandes angefertigt wurde, ergibt aus 50 Orten 234 Betriebe mit 145 537 Arbeitern, die wöchentlich 1 167 751 Ueberstunden leisten. 114 122 Stunden werden über eine Wochenarbeitszeit von 52 bis 58 Stunden gemacht. Dann das Traurige. In diesen 50 Orten sind 70 837 erwerbslose Arbeitsbrüder vorhanden. Würden wir zum Achtstundentag kommen, so könnten in diesen Orten 24 328 Metallarbeiter mehr beschäftigt und die Erwerbslosigkeit um diese Zahl vermindert werden.“

Haarsträubende Beispiele, die die „Metallarbeiter-Zeitung“ hier mitteilt. Wehlich wird es auch in anderen Industrien liegen. Und nun Hand aufs Herz, Kollegen und Kolleginnen, werden in den Buch- und Stein-druckereibetrieben keine Ueberstunden gemacht? Könnten bei uns nicht auch zugunsten der Arbeitslosen viele Ueberstunden vermieden werden? Wie soll da noch ein Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt werden, wenn die Ueberstundenleuchte in dieser Weise graffiert. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden nicht umhin können, energisch den Kampf gegen das Ueberstundenwesen aufzunehmen.

## Sinweg mit den Ueberstunden.

Die Unternehmerorganisationen versuchen Regierung, Parteien und Öffentlichkeit gegen die von den Gewerkschaften geforderte Veränderung der Arbeitszeitverordnung zur Wiederherstellung des Achtstundentages mobil zu machen. Die bürgerliche Presse wird systematisch mit Auffäßen gepickt, die die der deutschen Wirtschaft durch die Arbeitszeitverkürzung angeblich drohende Gefahr in düsteren Farben malen und beweisen sollen, daß Ueberarbeit nur ausnahmsweise und im bescheidenen Ausmaß und nur in den Fällen erfolgt, wo die wirtschaftliche Lage eines Betriebes oder einer Industrie Verlängerung der Arbeitszeit erfordern.

Eingehende statistische Nachweise über den Umfang der Ueberarbeit gibt es leider nicht. Die Reichsarbeitsverwaltung läßt zurzeit für einige wenige Betriebe und eine beschränkte Zahl von Betrieben durch die Gewerbeaufsichtsamter eine Erhebung durchführen. Der Vorstand des ADGB, hat durch Umfragen bei den Verbandsvorständen einiges Material gesammelt. Auch hier handelt es sich jedoch nur um Stichproben.

Aber das Resultat dieser letzteren Umfrage genügt, um zweierlei deutlich zu erkennen. Zunächst zeigt sich, daß es eine dreifache Irreführung ist, der Öffentlichkeit einreden zu wollen, die heute in vielen Betrieben übliche Ueberarbeit entspräche weitem Schwächen wirtschaftlicher Notwendigkeiten und sei für die Prosperität dieser Unternehmungen unerlässlich. „Die Arbeitszeit, wie sie jetzt in der deutschen Wirtschaft gehandhabt wird, ist so gestaltet worden, wie es den Lebensbedürfnissen der deutschen Wirtschaft zur Ueberwindung der aus dem Kriege, der Inflation und den weltwirtschaftlichen Veränderungen hervorgegangenen Schwierigkeiten entspricht“, sagt das Unternehmermanifest gegen den Achtstundentag. Tatsächlich zeigt die Umfrage, daß in gleichen Industrien, die unter sonst gleichen Voraussetzungen für den gleichen Absatzmarkt arbeiten, die Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben ungemein variiert. Teils wird verkürzt gearbeitet, teils normal 8 Stunden, teils aber bis zum Sechstundentag und darüber hinaus. Während selbst kurzarbeitende Betriebe nicht zugrunde gehen und normal arbeitende Betriebe sehr angemessen prosperieren, soll für andere Betriebe der gleichen Branche die lange Arbeitszeit „wirtschaftliche Notwendigkeit“ sein. Nicht die wirtschaftliche Notwendigkeit war maßgebend für die Dauer der Arbeitszeit, sondern das

wirtschaftliche Uebergenügendheit des Unternehmers, der seinem Machtdünkel genügen oder einen erhöhten Profit herausfinden will. Darum wird Volksgesundheit und Arbeitskraft und überlange Arbeitszeit der Arbeitenden und körperliche und moralische Verelendung der hoffnungslos Erwerbslosen geopfert.

Zweitens wird die Leberarbeit durchaus nicht etwa in bescheidenem Umfang durchgeführt. Zwar gibt die Umfrage nur schnell zusammengepackte Stichproben. Aber sie lassen mehr als böse Zustände erkennen.

Die Metallindustrie berichtet aus 50 Orten mit 234 Betrieben. Hier machen 145 573 Arbeiter wöchentlich 1 167 751 Ueberstunden. 114 122 von diesen Arbeitern arbeiten 52—58 Stunden. Hier allein könnten bei 48stündiger Arbeit 24 328 Arbeiter zusätzlich Beschäftigung finden. Dabei sind in diesen 50 Orten fast 71 000 erwerbslose Metallarbeiter. Im Osnaabrücker Kupfer- und Drahtwerk wird wöchentlich normal 59 Stunden gearbeitet. Trotzdem arbeiteten von den 1320 Arbeitern noch 530 Arbeiter außerhalb dem 9122 weitere Ueberstunden in einer Woche. Bei den Deutschen Werken in Spanbau wurden von 2500 Arbeitern in einer Woche 12 000 Ueberstunden geleistet. Bei der Luftkassa in Staaken sind Arbeitszeiten von 80—90 Stunden keine Seltenheit.

Die Papiererzeugungsindustrie berichtet über 56 Betriebe, die 11 154 Arbeiter in 12stündiger Schicht beschäftigten. Pausen sind unregelmäßig und kurz. Oft muß zu der 12-Stunden-Schicht noch weitere Leberarbeit treten. Andere Betriebe dieser Industrie „nur“ zwei Ueberstunden machen. Aufgezählt werden mit Firmenbenennung 2318 Arbeiter mit täglich 4636 Ueberstunden. In den Schließischen Papierfabriken (Sagnau, Oberlachsen und Krappnich) wird fortlaufend im Zweischichtsystem gearbeitet. Trotzdem werden auch hier noch darüber hinaus Ueberstunden gemacht. — In den Zementwerken von Jhchoe und Stabe mit etwa 1770 Arbeitern täglich 3540 Ueberstunden, in Neubebau 1700 Arbeiter 3400, in Misburg und Högter 2040 Arbeiter 4080 Ueberstunden täglich und so fort. Teilweise sind Arbeiter entlassen, um dann die 12-Stunden-Schicht durchzuführen. — In der Porzellanindustrie werden in weitem Umfang 6—12 Ueberstunden wöchentlich verlangt.

Besonders interessant ist die Beobachtung, wie in einzelnen Industrien, in denen meist acht Stunden gearbeitet wird, einzelne Betriebe nicht durchzuführen können, was für alle anderen genügt. In der Schuwarenindustrie arbeiten von 379 erfragten Betrieben nur 155 mit Ueberstunden. Von letzteren arbeiten in 65 Betrieben (6202 Beschäftigte) alle Beschäftigten mehr als 48 Stunden, in 90 Betrieben jedoch nur einige Sparten. Die Ueberstundenleistung schwankt zwischen 2 und 30 Stunden wöchentlich. Am schlimmsten ist es in den Filzpanntoffel- und Hauschuhfabriken. Hier arbeitete ein Betrieb (Oreifenhagen) mit 105 Personen täglich 5 (fünf) Ueberstunden, ein anderer täglich vier Stunden. Ingesamt ergab die Berichtswache 86 067 Ueberstunden. Von den gerade in dieser Industrie zahlreichen Arbeitslosen hätten 1793 Arbeit finden können, wenn diese Betriebe gleich den meisten anderen Betrieben normale Arbeitszeit innegehalten hätten. Die Brauereien halten den Achtstundentag ein. Jedoch die Münchener Brauereien, die finanzstark und besonders lukrativ sind, müssen neun Stunden arbeiten lassen. Wehnlich liegen die Verhältnisse im Mülberger, wo

besonders in den östlichen und schließischen Mühlen täglich 10 und mehr Stunden gearbeitet werden. — In der Lederwarenindustrie herrscht seit langem eine bitterböse Arbeitslosigkeit. Trotzdem arbeiten z. B. in Hamburg einzelne Firmen mit wöchentlich 10 bis 30 Ueberstunden. Im Rheinland arbeiten in 15 Firmen 500 Arbeiter wöchentlich 6 bis 10 Ueberstunden. — Die Zimmerer berichten, wie auch im Bauergewerbe immer wieder versucht wird, besonders auch bei öffentlichen Aufträgen, die Arbeitszeit auf 10 Stunden zu verlängern, obwohl in allen Fällen erwerbslose Zimmerer zur Verfügung standen. Immer wiederlehrt die Bemerkung, daß die Leberarbeit durch Drohung mit der Entlassung erpreßt werden sollte. Hier zeigt sich, daß es gerade die großen Bauunternehmungen sind, die ihren Willen durchzusetzen bestrebt sind, während der kleinere Betrieb acht Stunden arbeiten läßt.

Auch in der Süßwarenindustrie wird in starkem Umfang versucht, den Neunstundentag durchzuführen. — Ganz böse sieht es in den Betrieben der Fleischerindustrie aus. Hier ist ein Gewerbe, in dem der Arbeitslohn im Verhältnis zum Handelswert des Produkts nur wenig ins Gewicht fällt. Die Unternehmer gerade dieses Gewerbes sind sicherlich nicht in einer Notlage, denn kaum eine Industrie verteuert ihre Produkte durch Aufschlag so sehr wie die Fleischer. Trotzdem eine vorfindliche Arbeitszeit. Ob in den Schlachthallen, ob im Laden oder bei der Wurstmacherei, überall Arbeitszeiten bis zu 15 Stunden täglich. Stettin meldet, daß bis zu 75 Stunden und mehr wöchentlich üblich ist. Ein Schiedsgericht, der 54 Stunden vorsieht, wird von der Innung glatt abgelehnt. Braunschweig meldet eine Durchschnittsarbeitszeit von 60 bis 66 Stunden. Für Hannover gilt dasselbe. Aus Bielefeld werden Arbeitszeiten bis zu 70 Stunden gemeldet. So geht es bei dem reichhaltigen Material fort durch alle Gauen, Berichte aus anderen Betrieben bringen den Nachweis, daß die 48stündige Arbeitszeit durchaus lukrativ durchzuführen ist.

Besondere Beachtung verlangt die Textilindustrie. Hier ist die Arbeitszeit besonders ausgehehnt. Als diese Industrie so stark von der Krise heimgegriffen war, daß zeitweise 20 Proz. der Mitglieder voll erwerbslos und mehr als 50 Proz. Kurzarbeiter waren, mußten in vielen Betrieben die Arbeiter, die nur zwei oder drei Tage in der Woche arbeiteten, an diesen Tagen 10 Stunden arbeiten. Die Textilherren setzten ihren Kopf durch. Heute, wo die Arbeitsgelegenheit etwas besser geworden ist, geht Leberarbeit und Kurzarbeit bunt durcheinander. Teils stehen Maschinen leer und im Ort oder in der Nachbarschaft sind noch Erwerbslose, aber im Betrieb wird verlängert gearbeitet.

In der Filmindustrie hat stets nur unregelmäßige Arbeitszeit bestanden. Jetzt hat aber in einigen Ateliers die Leberarbeit einen Umfang angenommen, daß bis zu 16 und 20 Stunden täglich gearbeitet wird.

Auch in den Gemeindegemeinden ist starke Leberarbeit. So wird aus 19 Orten berichtet, daß hier von 14 620 Beschäftigten wöchentlich 33 517 Ueberstunden geleistet wurden. — Großen Umfang hat die Leberarbeit bei den im Verkehrs- und organisierten Arbeitern. So berichtet Berlin, daß allein bei Straßenbahn, Omnibus N.-O. und Ufergrundbahn von etwa 17 000 Beschäftigten monatlich rund 472 000 Ueberstunden verlangt werden. Im Handelsgewerbe hat das Fahrpersonal fast durchgängig 60-

bis 72stündige Arbeitszeit. Einzelne Fahrer machten bis zu 40 Ueberstunden wöchentlich. Die Hilfsarbeiter in der Engroskonfektion (etwa 2500 Personen) arbeiten meist 60 Stunden, die in der Berliner Markthalle gar oft 70 bis 108 Stunden. Besonders schlimm ist es bei dem übrigen Fahrpersonal, wo die tägliche Arbeitszeit oft zwischen 12 und 14 Stunden schwankt. — Angaben aus den übrigen Teilen des Reiches zeigen das gleiche Bild. Der Handelshilfsarbeiter, der Fahrer, der Speicherarbeiter usw. arbeitet in weitem Umfang wöchentlich 6 bis 12 Ueberstunden. Besonders interessant ist, daß 34 000 bei der Post beschäftigte wöchentlich 6 Ueberstunden, zusammen also etwa 204 000 Ueberstunden leisten, desgleichen 25 300 von öffentlichen Behörden angestellte Wasserbauarbeiter, die zusammen wöchentlich etwa 152 000 Ueberstunden arbeiten.

Dieses sind nur kleine Auszüge aus dem detaillierten Material, daß der ADGB. inzwischen den Regierungen stellen überreichte. Es sind nur höchst unvollkommene Stichproben, aber sie zeigen, daß die Forderung der Gewerkschaften nach einem Notgesetz mehr als berechtigt ist.

## Rationalisierung als Schlagwort.

Wer auch nur oberflächlich die Publikationen über wirtschaftliche Fragen durchgeht, bemerkt, daß immer größere Kreise der Meinung zuneigen, die wirtschaftliche Befundung könne nur durch ein Mittel wirksam in die Wege geleitet werden: die Rationalisierung. Ueberall wird dieses neue Evangelium verkündigt, und es scheint manchmal, daß nun wirklich das Zauberwort gefunden sei, das der Menschheit ein Maximum von Glück und Freude geben kann.

Die Amerika, trotzdem sein Aufschwung später einsetzte, Europa auf vielen anderen Gebieten überfüllt hat, so hat es auch zuerst mit der Rationalisierung der Industrie einen Anfang gemacht. Was ist Rationalisierung? Es ist im Prinzip nichts anderes als ein Streben nach höherer Produktivität unter geringeren Kosten und verminderter Arbeitskraft.

Die Rationalisierung bringt deshalb eigentlich nichts Neues. Wie das Maschinenzeitalter die Handarbeit verdrängte und an die Stelle der Kleinbetriebe die Großbetriebe, Kartelle und Truste setzte, so ist die Rationalisierung nichts anderes als ein weiterer Schritt auf dem Wege der Erhöhung der Produktionsmöglichkeiten durch Verringerung des Zeiterflusses und Ersparnis von Arbeitskraft und Material.

Insofern kann die Tatsache, daß Europa zum zweiten Male Amerika entdeckt hat, freudig begrüßt werden. Jeder technische Fortschritt, jede Entdeckung, die die Mähen der Arbeit vermindern kann, ist für die Arbeiterklasse von großem Wert. Die Zeiten sind längst vorbei, wo die Arbeiter glauben, den technischen Fortschritt durch die Bekämpfung und die Vernichtung der Maschine bekämpfen zu müssen.

Das Streben nach technischen Verbesserungen und der Einführung besserer Produktionsmethoden kann jedoch kein Selbstzweck sein. Wir müssen fragen, welche gesellschaftliche Bedeutung die Rationalisierung haben kann. Soll die Rationalisierung in erster Linie den Unternehmern oder aber der ganzen Volksgemeinschaft nützen? Zahlreiche Erscheinungen deuten darauf hin, daß die erste Ansicht vorherrscht und die Willkür der Betriebslehre wenig an das Los des lebenden Materials denkt, das doch sicher so

## Angela.

(Dem Roman „Angela“, von Alfred Otto Stofe, dem Ende November erscheinenden neuen „Mischer“ Wert, entnehmen wir folgenden Kapitel-Auszug, der die im Roman behandelten Probleme anbeutet. Angela — der Roman spielt im 17. Jahrhundert — ist ein „Sektenkind“, das nach freudiger Kindheit im Hause eines glühenden Summenfischerin findet, dessen Ziele erwiebt, schließlich aber in der dumpfen „Enge der konfessionell verkettenen Umwelt zugrunde geht).

Eines Tages rief Herr Curtabatt Angela zu sich in sein Laboratorium, das sie bis dahin nur flüchtig betreten hatte. Ausgestopfte Tiere und Tiere in Gläsern standen ringsum auf Gestellen, die eine Wand war mit einer kleinen Esse und Blasebalg versehen, auf den Tisch standen sonderbare Instrumente, Gläser, Flaschen und Werkzeuge. Curtabatt zeigte und erklärte dem Mädchen die Tiere. Dann zog er aus einer Schieblade Wappen heraus, die voll gepfeifter Pflanzen waren, und nun benannte Angela viele Blumen mit den heimatischen Namen, wie ihre Mutter sie ihr gezeigt, besonders die heilkräftigen Blumen und Kräuter.

Vielen verstand sie nicht, was er da mehr vor sich hinarbeitete als sprach. Aber sie und da traf sie eine neue Erkenntnis und überstürzte sie — oft nur einen Augenblick — mit dem Gefühl, als öffne man vor ihr ein Tor und viele Wunder sollten ihr nun enthüllt werden.

Als er dies einmal bemerkte, sagte er lächelnd: „Du glaubst vielleicht wie viele, ich sei ein böser Zauberer oder auch nur einer von jenen Armen, die ihr Leben lang der Chimäre des Goldmachens nachjagen, wenn du von solchen gehört hast. Habe keine Angst — ja, ich mache Gold — das Gold neuen Wissens, das mir unter den Händen hervorquillt. Nichts fürchten die Menschen mehr als zu wissen. Und darum wollen sie es verbieten als sündhaft und frevelhaft.“

Es wurde Herbst. Noch schönere Tage kamen für Angela. Herr Curtabatt nahm sie an Sonntagen mit sich in die Umgebung der Stadt, und sie mußte ihm beim Sammeln von Pflanzen und kleinen Tieren helfen. Gar mancher Bürger wunderte sich über das merkwürdige Paar, das da mit Schachteln und Mägen in der Frühe hinaus ausging, und schüttelte den Kopf sowohl in dieses närrische Treiben wie über die Veräumnisse des Gottesdienstes.

Sehr häufig endeten ihre Wege in dem großen Garten am See, wo Herr Curtabatt ein leichtes Sommerhaus besaß. Und hier klangen solche Tage in diesem Frieden. O wie liebte Angela diesen Garten!

Meist kam dann Frau Wph, die Haushälterin, gegen Abend in den Garten und bereitete ein einfaches ländliches Mahl, das Herr Curtabatt in dem Seehäuschen einnahm. Oft rief er nachher Angela zu sich und erklärte ihr die aufglänzenden Sterne. Noch lieber aber saß Angela neben dem Herrn ganz stumm an einem der runderhöckerigen Fenster und hörte auf das leise Plätschern der Wellen und sah die purpurne Sonnenugel auf breitem Goldsockel am Rande des Wassers glänzen.

Frau Ursula Wph ihrerseits war nicht ein bißchen eifersüchtig auf des Mädchens vertrauten Umgang mit dem Herrn. Sie freute sich im Gegenteil, daß er in der Gegenwart Angelas fröhlicher, lässiger und freundlicher wurde, so sehr gönnte sie ihm jeden kleinen Glückstrahl.

Sanft und in mildem Profanum glitten so den drei Menschen die Tage durch den sonnigen Herbst in den Winter hinein. Aber dieser Frieden sollte ihnen nicht ungetrübt bleiben.

Wie ein Wort der schlimmer Unannehmlichkeiten berührte es Herrn Curtabatt, als ihm eines Sonntags Frau Wph meldete, Angela sei ganz verstorben aus der Kirche gekommen und sitze weinend in ihrer Kammer. Herr Rudolf besann sich; er war auch im Gottesdienst gewesen, seine Gedanken waren aber wie gewöhnlich weit hinweggeschweifert von der lärmenden Predigt Althers, die ihm stets wie eine dergewälzte und diegedachte Suppe für das niedere Volk, aber unbedeutend und unheimlich einem an edlere Speise gewöhnten Gaumen. Aber nun, da er sich besann, fiel ihm doch manches aus der Predigt ein, die vor allem gegen Zauberer, Saten und Hexen sich gerichtet hatte. Ja er hörte sogar noch einige Sätze wie etwa: „Und dieses vermaledeite Satansgezücht verdirbt sich zum Schaden frommer Christen, wie viele Exempla zeigen, oft hinter wunderlich sanften Mienen. Hüte euch vor diesen platten heuchlerischen Gesichtern, von deren Lippen das Gotteswort fließt wie Honigsüßigkeit, im Innern aber pöht ihnen ein grauführender Argwohn voll Ratten und höllischer Klammen.“ Ober: „Mit dem Saten selber treiben sie widernatürliche Unzucht, wie viele auf

der Folter gestanden, und ist darum nicht mehr als recht und billig, solche lasterhafte Brut schlimmer als wilde, unvernünftige Bestien dem Feuer zu überantworten.“

Sornig zog sich die Stirn des Herrn zusammen: „Können sie denn nie von diesem schändlichen Aberglauben lassen!“ und dann machte er sich Vorwürfe, daß er nicht an Angela gedacht und den Eindruck der Predigt bei ihr gleich zu verwischen gesucht habe. Nun ließ er sie kommen. Sie trat ein, und ihr Gesicht schien ihm nicht nur von den roten Rändern der Augen entsetzt. Er sagte: „Sey dich zu mir!“ Angela setzte sich ihm gegenüber in den Erker und sah vor sich hin. Curtabatt suchte nach den richtigen Worten.

Auf einmal stieß das Mädchen leise, aber in düsterem Trost heraus: „Ach gehe nie mehr in die Kirche!“

„Nun, wir werden ja sehen,“ entgegnete Herr Curtabatt, „sieh, die Predigt hat dir heute weh getan. Herr Alther glaubt eben, damit heilfam auf die Herzen zu wirken, aber er schlägt manchmal daneben. Und so denke du auch, er hat neben dich hingetroffen und dich auch gar nicht treffen wollen.“

„Er hat — meine Mutter beschimpft!“ Angelas Mund zuckte.

„Ich will dir etwas sagen, liebe Angela. Aber du sollst es für dich behalten, das es noch gefährlich ist, es vor den Leuten zu legen. Ich glaube nicht daran, daß es Hexen und Hexenmeister gibt, das heißt Frauen und Männer, die sich dem Teufel verschreiben, um zu zaubern und Unheil zu wirken.“

„Warum haben sie dann die Mutter verbrannt?“ schrie Angela auf, und Tränen stürzten ihr durch die vorgehaltenen Hände.

Herr Curtabatt sah stumm vor dieser wilden Anklage. Sie schütt ihm tief ins Herz, aber noch heißer peinigte ihn der Gedanke:

„O wie find wir alle feig! — O wie feig sind wir alle, daß wir nicht hingehen auf den Markt und bekennen, was wir wissen!“

(Wir empfehlen den Vortritt zum „Mischer“ bringen. Für einen Betrag von 1 Mk. pro Roman Heft der „Mischer“ überreicht ein literarisches hochwertiges Wert und monatlich tollere eine wertvolle, reich illustrierte Zeitschrift. Verteilungsstörungen nimmt jede Volksbuchhandlung entgegen.)

wichtig ist wie die tote Materie. Die Sicherstellung des Unternehmerrückgewinns bleibt die Hauptsache. Anstatt daß die Rationalisierung in erster Linie die Erleichterung der täglichen Arbeit herbeiführt, bedeutet sie eine Intenstivierung der Arbeit. Es ist eine Methode, die am besten irrationelle Rationalisierung genannt werden kann.

Deutschland ist nach Amerika das erste Land, wo die Rationalisierung auf breiter Grundlage durchgeführt wird. In der Elektroindustrie ist es auf Grund der Verminderung der Zahl der Typen und durch die Einführung von neuen Produktionsmethoden geglückt, die Produktion gewaltig zu steigern. In der bekannten „Wirtschaftsturse“ der „Frankfurter Zeitung“ wird zum Beispiel über eine große chemische Fabrik berichtet, bei der die Betriebsrationalisierung eine Leistungssteigerung von nahezu 200 Proz. ergab, mit der natürlichen Folge, daß die Arbeiterkraft auf ein Drittel ihres früheren Standes sank, ohne daß sich die absolute Produktionshöhe verringerte. Im Ruhrbergbau ist die Rationalisierung im vollen Gange. Die nun befolgte Methode der horizontalen Konzentration, d. h. die Zusammenfügung einer möglichst großen Zahl von Unternehmungen in einer Industrie, bietet große Vorteile für die straffe Durchführung der Rationalisierung. Es ist eine Tatsache, daß im August 1928 im Bergbau dieselbe arbeitsmäßige Förderung erzielt wurde, wie durchschnittlich im Jahre 1913. Gleichzeitig ist jedoch die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 40 000 zurückgegangen, wie sich auch der Stab der kaufmännischen Angestellten stark verringert hat. Der Refrain ist stets: Ersparung von Arbeitskräften! Auch in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie hat die Rationalisierung große Fortschritte gemacht. „Der Charakter des Arbeitsprozesses eines Hütten- und Walzwerkes“, heißt es in einem der vielen vortrefflichen Artikel, die die Betriebszeitung für die Funktionäre der Metallindustrie regelmäßig der Rationalisierungsfrage widmet, „ist ähnlich dem des laufenden Bandes: das Tempo der Arbeit wird nicht mehr vom einzelnen Arbeiter bestimmt, sondern ergibt sich aus dem Zusammenwirken der einzelnen Arbeitsfunktionen und dem Gang der maßigen Betriebseinrichtung, auf die der Arbeiter in den weitesten Fällen Einfluß hat. Das aus diesen Faktoren sich ergebende Tempo reißt alle in seinen Bann: es kann keine Arbeit „hienau hieben“, das Versagen einer Funktion hat den Stillstand einer Reihe von anderen Funktionen zur Folge.“

Auf dem diesjährigen Kongress des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist die Rationalisierungsfrage ausdrücklich besprochen worden. Der kürzlich gestorbene Präsident des Verbandes, Genosse Dismann, hat bei dieser Gelegenheit die sehr wichtige Frage gestellt: Führt die Verwendung modernster Maschinen usw. zur Erleichterung der Aufgabe der Arbeiter und zur Erhöhung des Lohnniveaus? Und die Antwort mußte lauten: „Nein! Man will weniger Arbeitskräfte und höhere Abspannung derjenigen, die im Betriebe verbleiben. Man will Hochhaltung der Preise durch die Kartelle, nirgends einen besseren Verdienst der Arbeiter.“ Es ist deshalb auch kein Wunder, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit langem auf derselben Höhe bleibt und Millionen für Unterhaltungen oder unproduktive Zwecke ausgegeben werden müssen.

Der Charakter der deutschen Arbeitslosigkeit ist ein ganz anderer als bei früheren Krisen. Große Arbeitslosigkeit war früher immer eine Begleiterscheinung von niedergehender Konjunktur. Dies ist zurzeit nicht der Fall. Denn während sich das Wirtschaftsleben besser gestaltet und überall große Betriebsamkeit herrscht, können Millionen keine Arbeit finden oder müssen als Kurzarbeiter ihr Brot verdienen.

Wenn hier speziell die Zustände in Deutschland beleuchtet werden, so geschieht dies deshalb, um an Hand einiger typischer Beispiele auf die Gefahren hinzuweisen zu können, die die Arbeiterklasse bedrohen, falls es ihr nicht gelingt, die niederdrückenden Tendenzen der Rationalisierung wirksam zu bekämpfen. Zudem kann man ja annehmen, daß der Entwicklungsgang, wie er jetzt in Deutschland beobachtet werden kann, bald in anderen Ländern ebenfalls einsehen wird, wenn auch vielleicht in anderem Tempo.

Die organisierte Arbeiterklasse muß deshalb bezüglichen gegen diese Tendenzen mobil machen. Sie muß darauf hinwirken, daß erhöhtes Produktionsvermögen sie auch zu einem größeren Anteil an den Resultaten der technischen Entwicklung berechtigt. Um der physischen und psychischen Unterminierung der Arbeiterklasse zuvorzukommen, muß zunächst einmal ein normaler Arbeitstag gesichert werden. Es ist deshalb sehr erfreulich, daß die Leiter der deutschen Arbeiterklasse gerade jetzt eine Kampagne für die Sicherstellung des Achtstundentages auf Grund der „technischen und organisatorischen Entwicklung und als Vorbereitung für die Rückführung des Arbeitslosenheeres in die Betriebe“ organisieren.

## Die Jugendlichen und die Gewerkschaften.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat vor einiger Zeit an die angeschlossenen Landeszentralen eine Rundfrage gerichtet, um festzustellen, inwieweit jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von den Gewerkschaften als Mitglieder zugelassen werden. Die Zusammenfassung der Antworten ist nunmehr fertiggestellt.

Die erste Frage bezieht sich darauf, ob Organisation der Jugendlichen im Alter von 14—18 Jahren verboten. Darauf wird im allgemeinen verneinend geantwortet. Ausnahmen macht Ungarn, wo die gewerkschaftliche Mitgliedschaft von der Erlaubnis der Eltern oder des Vormundes abhängig gemacht wird. In Lettland dürfen Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren wohl den Gewerkschaften angehören, sie haben jedoch kein Stimmrecht. In Polen dürfen Jugendliche unter 20 Jahren nicht in die Leitung gewählt werden.

Die Frage, ob die Satzungen der Gewerkschaften eine über 14 Jahren liegende Mindestaltersgrenze für die Zulassung vorsehen, wird ebenfalls meistens verneint. Bejaht wird die Frage von Holland, Lettland und Palästina. In anderen Ländern besteht eine verschiedenartige Regelung. Im Memelgebiet und in Spanien wird das Stimmrecht in den Gewerkschaften nicht vor Erreichung des 18. Altersjahres erteilt.

In bezug auf die Frage, ob die Gewerkschaften die Jugendlichen unter 18 Jahren erfassen, ist zu sagen: Die meisten Länder antworten mit Ja; besondere Organisationen gibt es in Lettland und Palästina. In Jugoslawien ist man bis jetzt noch nicht an die Organisation der Jugendlichen herangegangen. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß die Landeszentralen von Frankreich, Luxemburg, Rumänien und Südafrika, die keine Mitteilungen eingekandt haben, bei der Zusammenstellung nicht in Betracht kommen.

Die Frage, wie viele Jugendliche unter 18 Jahren organisiert sind, konnte nur von Dänemark, Deutschland, Holland, dem Memelgebiet, Schweden, Oesterreich und der Tschechoslowakei beantwortet werden. Jugendliche und Lehrlinge zusammengenommen ergeben sich für diese Länder ungefähr folgende Zahlen: Dänemark 6500, Tschechoslowakei 10 000, Deutschland 293 000, Holland 2635, Polen 5 Proz. der Gesamtmitgliedschaft, Schweden und Oesterreich je 10 000.

Besondere organisatorische Einrichtungen für Jugendliche (Jugendabteilungen, Lehrlingssektionen) gibt es in verschiedenen Ländern, so in Oesterreich, Belgien, Dänemark, Deutschland (1500 Ortsgruppen), Großbritannien. Besondere gewerkschaftliche Zeitschriften für Jugendliche werden nur wenige und nur von einzelnen Verbänden herausgegeben (Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Palästina). In Deutschland gibt es 13 Jugendzeitschriften und 7 Jugendbeilagen von Gewerkschaftsblättern. Allein in Oesterreich ist ein gemeinsames Organ der politischen und gewerkschaftlichen Jugendorganisation vorhanden. In Belgien, Bulgarien, Kanada, Großbritannien, Italien, Lettland, der Schweiz und Jugoslawien gibt es überhaupt keine derartigen Publikationen.

Die Frage, ob die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter von den Gewerkschaften in Kollektivverträgen mit geregelt werden, wird nur von Bulgarien und Ungarn generell verneint, in den übrigen Ländern erfolgt die Regelung in mehr oder minder großem Ausmaße.

In bezug auf die Bildungsarbeit der Gewerkschaften und die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Jugendorganisationen bestehen große Unterschiede. In einigen Fällen gibt es überhaupt keine Soz. Jugendorganisationen (Kanada, Ungarn) oder nur lokale Zusammenarbeit (Dänemark und Schweden). Keine oder keine reguläre Zusammenarbeit gibt es in Deutschland, Großbritannien, im Memelgebiet, Spanien, Palästina und Schweden, ein gewisses Maß in Bulgarien, Lettland und der Schweiz. Reguläre Zusammenarbeit ist für Oesterreich, Belgien, Holland und Polen zu verzeichnen.

Auf die Frage, ob eine gesetzliche Verpflichtung zum Besuch von Fortbildungskursen bzw. Berufsschulen besteht, ergibt sich generell ein Ja für Lehrlinge: in Oesterreich, der Tschechoslowakei, Dänemark, Deutschland, Italien, Memelgebiet, Polen, Spanien, der Schweiz und Jugoslawien; ein Nein für Belgien, Bulgarien, Kanada, Großbritannien, Lettland, Holland, Palästina und Schweden. Für jugendliche Arbeiter: Ja: Deutschland, Memelgebiet, Italien, Polen, Spanien, Schweiz, Jugoslawien. Nein: Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Kanada, Tschechoslowakei, Dänemark, Großbritannien, Holland, Lettland und Palästina.

## Wie es bei den Wertsgemeinschaftlern zu Hause ansieht.

Vor einigen Wochen wurde bekanntlich eine „Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik“ gegründet. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, die Antisilberbergische Richtung im Reichsverband der deutschen Industrie zum Gegenstoß zusammenzufassen. An der Spitze dieser Gesellschaft steht ein Direktor von der Norddeutschen Wollkammerei, Dr. Horst. Aus dem Hauptbetriebe dieses Textilkonzerns in Delmenhorst liegt uns ein Lohnzettel eines 39 Jahre alten, nebenbei gesagt, kräftigen und arbeitsfähigen, ungelerten Arbeiters vor; wotaus man mit Stunnen ersieht, daß der Delmenhorster Betrieb der Norddeutschen Wollkammerei für Hilfsarbeiter den so geringen Lohn von 48 1/2 Pf. pro Stunde bezahlt. Der betreffende Arbeiter erhielt in der 46. Lohnwoche für 39 1/2 Stunden 19,16 Mt. Dazu treten soziale Auflagen, so daß sich ein Bruttoverdienst von 20,81 Mt. ergibt. Nach den Abzügen bleibt ein Verdienst von 18,85 Mt. Damit soll ein verheirateter Familien-

vater mit drei Kindern leben! Es wirkt wie ein Hohn, wenn die Rückseite der Lohnkarte mit folgenden Ermahnungen bedruckt ist: „Das Sparen schützt vor Not! Die Wertspartkassa zahlt zurzeit 8 Proz. Zinsen. Beiträge können jederzeit abgehoben werden. Nähere Auskunft im Lohnkontor.“ Die Aufforderung von einem solchen Lohn zu sparen, muß wie eine Aufreizung wirken. So sieht es in den Betrieben derjenigen Leute aus, die die gelbe Bewegung zu fördern versuchen. Sie haben in der Tat die Gewerkschaft zu fürchten. Denn wenn die Arbeiter gut organisiert wären, dürften Löhne von 48,5 Pfennig die Stunde doch wohl eine Unmöglichkeit sein. In der Gründungsverammlung obiger Gesellschaft erklärte Dr. Horst u. a.: „Die Gesellschaft kämpft dafür, daß den in den Unternehmungen Beschäftigten der Weg zu größerem Wohlstand, innerer Zufriedenheit und zur Verwirklichung ihrer staatsbürgerlichen Rechte geöffnet wird.“ Der größere Wohlstand äußert sich hier in dem Hungerlohn von 48 Pfennig pro Stunde für einen Familienvater mit drei Kindern.

## Anzahl und Einkünfte der Direktoren und Aufsichtsräte.

Das Thema der vielzweifeligen Direktoren und Aufsichtsräte ist des öfteren erörtert worden. Doch wird man immer wieder auf das schreiende Mißverhältnis der Abkammerungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten und der Beibehaltung des hohen Unterkontos für Direktoren und Aufsichtsräte gestoßen. Kürzlich fand die Generaterversammlung der Curabank A.-G. in Berlin statt, wo bekannt wurde, daß für Direktorengehälter im verfloßenen Geschäftsjahr 48 000 Mark ausgegeben wurden gegenüber 24 000 Mt. sonstige Angestelltengehälter. In einem Artikel der Novembernummer der „APL-Bundeszeitung“ macht Genosse Otto Suhr ebenfalls auf die kolossale Uebersetzung der Direktoren und leitenden Angestellten aufmerksam. Auf 100 Arbeitnehmer kommen 1913 in der Waggonindustrie 0,9 leitende Angestellte, dagegen 1926: 1,8; in der Bergindustrie war das Verhältnis 1913: 1,2 und 1926: 3,3; im Eisenhütten- und Brückenbau 1913: 1,3, 1926: 2,7; im Versicherungsgewerbe 1913: 6,6 und 1926: 11,1; im Verkehrsgewerbe 1913: 4,8 und 1926: 7,9 usw.

In einem Augsburger Betrieb erhielten, wie wir dem „M.M.“ entnehmen, 24 Angestellte einen Jahresbezug von 57 000 Mt., dagegen ein Direktor einen solchen von 60 000 Mt. In einem süddeutschen Industriebetrieb betragen die jährlichen Aufwendungen für 60 Angestellte 144 000 Mt., dagegen für drei Direktoren 156 000 Mt. plus 144 000 Mt. für Lantienem. Beim Farbstofftrust erhielt jedes Aufsichtsratsmitglied für das verfloßene Jahr 38 760 Mt., beim Wintershall Konzern 20 000 Mt. bzw. 10 000 Mt. Das Jahresgehalt des Direktors beträgt beim Stahlwerksverband 180 000 Mt., beim Röhrenverband 110 000 Mt., das der stellvertretenden Titulardirektoren 75 000 Mt. Nach Calwer bezogen bei der Zigarettenfabrik Jasmag, die Stilllegung des Betriebes beantragt hatte, um einige 1000 Arbeiter und Angestellte zu entlassen, sieben Direktoren und drei Prokuristen 658 000 Mt., 200 Angestellte dagegen nur 230 000 Mt. Nach aufwendigem Material beschäftigten 604 zum Vergleiche herangezogene Unternehmungen bei einem 45prozentigen Abbau der Arbeiter und Angestellten im Jahre 1913: 1329 Direktoren, dagegen heute: 1828; ferner 1913: 3985 Aufsichtsräte gegen 5587 heute. Die Beispiele ließen sich vermehren und auf fast alle Branchengebiete ausdehnen.

Die Rationalisierung und Kostensparnis wird also nur unten angewandt, während oben alles beim alten bleibt. Das Unterkontokonto für leitende Angestellte, Direktoren und Aufsichtsräte schmilft im Gegenteil immer weiter an. Eine größere Ungerechtigkeit ist nicht denkbar. Es ist klar, daß solche Zustände sich mit einer guten Wirtschaftsführung schlecht vereinbaren lassen. Aber so ist es ja immer gewesen: Nach oben wird mit vollen Händen gegeben, während unten mit aller Rücksichtslosigkeit gepart wird.

## Aus den Zahlstellen.

Barmen-Eberfeld. Das Graphische Kartell erledigte in seiner letzten Sitzung vom 27. November folgende Tagesordnung: 1. Die Genossenschaft zur Verwaltung der Bureauhäuser; 2. Gemeinliche Ausgaben des Graphischen Kartells; 3. Das Jugendkartell; 4. Verschiedenes.

Da der zum ersten Punkt eingetragene Vertreter des Ortsausschusses vom VDBS, Gen. Daum, erst später eintrafen konnte, wurden zunächst die Punkte 3 und 4 behandelt. Von allgemeinerem Interesse war unter Punkt 3 die Aussprache über die Betriebsräte, welche von Kollegen Grünen (Buchbinder) angefaßt wurde. Das Graphische Kartell befragte nochmals seine früheren Beschlüsse, gemeinsam auf eine bessere Ausbildung der Betriebsräte einzuwirken und auch dafür zu sorgen, daß überall Betriebsräte vorhanden sind.

Am schlechtesten sieht es in den gemischten Betrieben der Papierverarbeitung aus, wo entweder keine Betriebsräte gewählt sind, oder deren Tätigkeit, oder besser gesagt, Nützlichkeit, allen Anlaß zur Kritik gibt.

Was soll man z. B. dazu sagen, wenn ein Betriebsratsmitglied in einem großen Betrieb wegen angeblicher Arbeitsverweigerung entlassen wird, ohne daß der Betriebsrat zusammentritt, geschweige denn, die gesetzlichen Wege einschlägt, die das Betriebsratsgesetz vorsieht? Das Kartell nahm Kenntnis von den vorgetragenen Fällen und wird zur Förderung

der Betriebsratswahlen im kommenden Jahre gemeinsame Versammlungen veranstalten. Nach Erledigung der Punkte 3 und 4 gab der Vorsitzende Gröndhoff eine Einleitung zum 1. Punkt: „Die Genossenschaft zur Verwaltung der Bureauhäuser“. Er vermahnte auf die bisherigen Bemühungen, ein Betriebsrats für die gesamte Arbeiterbewegung zu schaffen. Diese Bemühungen sind einmal durch den bergigen Charakter der Städte Barmen und Elberfeld sehr erschwert, indem die Städte an der engsten Stelle des Wuppertales zusammenstoßen, während die ausgebreiteten Mittelpunkte beider Städte weit auseinanderliegen. Sodann haben aber auch alle bisherigen Pläne und Versuche zur Schaffung eines Volkshauses immer mit Mißerfolg geendet. Ein gewisser Optimismus sei daher gegenüber allen solchen Projekten zu beibringen.

Es ist nun an der Hapfelderstraße-11. Barmen, also im Mittelpunkt beider Städte, ein Häuserkomplex erworben, in welchem schon eine Reihe Gewerkschaften ihre Bureaus haben und der so ausgebaut werden soll, daß möglichst alle Gewerkschaften dort untergebracht werden, sowie auch ein Versammlungsraum und eine Herberge Platz finden. Die bestehende Genossenschaft, in der nur einige Gewerkschaften vertreten sind, soll umgewandelt werden, so daß der Ortsausschuß des WDB, beziehungsweise die angeschlossenen Gewerkschaften durch ihre Vertreter, Träger der Genossenschaft werden. Das Graphische Kartell soll einen gemeinsamen Vertreter bestimmen.

Der Gen. Daum war inzwischen erschienen und gab einen ausführlichen Bericht über das gesamte Projekt, welches er optimistisch beurteilte und als ein durchaus gesundes Problem bezeichnete. Allerdings sei es eine Frage auf lange Sicht. Aber ein Anfang müsse gemacht werden. Er gab einen Ausblick, wie sich nach seiner Meinung das Städtebild entwickeln wird. Das Bureauhaus würde bestimmt in den Mittelpunkt des Betriebs liegen. Daum gab dann noch Auskunft über einzelne angeschnittene interne Fragen und gestreute auch die Einwände der Buchdrucker, welche an dem Bureauhaus wenig Interesse haben, auch einen Versammlungsraum an der vorgezeichneten Stelle nicht brauchen, da in beiden Städten getrennte Ortsvereine bestehen. Anders sei es mit der Herbergsfrage, denn es sei ein Liebsband, daß man die durchreisenden Kollegen auf die Herberge zur „Heiligkeit“ verweisen müsse. Die Vertreter der Steinodrucker traten warm für das Projekt ein. Sie meinten, daß nicht nur die Ortsvereine der Buchdrucker sich zusammenschließen würden, sondern daß auch der Graphische Verband zur Wahrheit würde. Abgesehen davon, hätten auch die kleinen Gewerkschaften ohne Angestellte ein Interesse an das gemeinsame Haus. Auch ihnen müßte ein Raum zur Erledigung ihrer Kassengeschäfte, Auszahlung von Unterstufungen usw. zur Verfügung stehen. Es sei ein ungesunder Zustand, wenn die Kassierer solche Arbeiten in ihrer Wohnung ausführen müßten.

Es wurde dann noch auf einen Beschluß des Graphischen Kartells verwiesen, daß Beiträge zum Baufonds von allen, dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Gewerkschaften gezahlt werden müssen, und einzelnen Gewerkschaften keine Ausnahmebestimmung eingeräumt werden darf.

Nachdem Gen. Daum noch einmal alle in der Debatte behandelten Fragen erläutert hatte, konnte der Vorsitzende die prinzipielle Zustimmung des Graphischen Kartells feststellen.

In die Genossenschaft zur Verwaltung der Bureauhäuser wurde der Kollege D. Bellingrath, Buchdrucker, Barmen, Feldstraße 17, gewählt.

Zum Punkt 3 „Jugendkartell“ äußerten zunächst die Elberfelder Buchdruckervertreter ihre Bedenken. Die Buchdrucker sowie auch die Steinodrucker haben gut ausgebaut Jugendabteilungen, in denen für die berufliche und gewerkschaftliche Ausbildung vorbildlich gearbeitet wird. Es wird nun befürchtet, daß das allgemeine Jugendkartell eine Störung dieser Arbeit bedeuten könne, da man der Jugend, vor allen Dingen den Lehrlingen nicht zu vielerlei zumuten dürfe. Schon der beschränkte Mittel wegen, die den Jungens zur Verfügung stehen. Auch hier standen die Steinodrucker auf anderem Standpunkt und befürworteten das Jugendkartell. Gen. Daum gab auch in dieser Frage prinzipielle und sachliche Aufklärungen, so daß auch in dieser Frage eine Einigung zustande kam. Jede angeschlossene Gewerkschaft hat danach die Pflicht, einen Vertreter in das Jugendkartell zu entsenden. Der Vorsitzende konnte die Einmütigkeit des Graphischen Kartells auch in dieser Frage feststellen und die Versammlung mit den Worten des Dankes schließen.

Hannover. In unserer Versammlung am 7. Dezember 1926 referierte der Vorsitzende des hiesigen Ortsvereins im Verbands der Deutschen Buchdrucker, Kollege Biele, über das Thema: Der wirtschaftliche Wert unserer Einrichtungen.

In klaren und überzeugenden Ausführungen zeigte der Referent, welche Vorteile uns die Organisationsarbeit bringt. Mancher gedankenlose Gewohnheitsbürger wird vielleicht einmal die Bilanz ziehen zwischen Einnahme und Ausgabe, die er als Verbandsmitglied macht. Er wird dann sicher feststellen, daß seine Ausgaben an Verbandsbeiträgen sich glänzend verzinzen in Form von Vorteilen materieller und ideeller Art, die ihm eben nur der Verband erlangen hat und auch sichert. Kollege Biele fordert von den Gewerkschaften unbedingte religiöse und parteipolitische Neutralität; nur durch diese habe sich der Buchdruckerverband zu seiner vollen Stärke entwickelt. An unseren Einrichtungen Kritik zu üben, schade nichts, nur müsse diese frei von Mitleid sein; als Gewerkschafter müssen wir mit den Füßen auf der Erde bleiben, um zum Nutzen der Allgemeinheit zu wirken. Die Zeit der Ueberparnung des politischen Gedankens von kommunistischer Seite sei zweifellos vorüber, so zeigen auch unsere Verbandstage jetzt ein ganz anderes Bild als vor fünf bis sechs Jahren. In den Betrieben wird aber oft noch recht unberechtigt Kritik geübt, leider treten unsere einflussreicheren Kollegen diesen Rörgern nicht immer mit der nötigen Energie entgegen. Die psychologische Einstellung der Mitglieder zu ihrer Organisation zeige sich in der Anteilnahme an den Geschäften innerhalb dieser. Wohl nur ein Viertel der Mitglieder lese die „Solidarität“ gründlich, ein weiteres Viertel lese sie nur recht flüchtig, während die übrigen sie gar ungelesen zur Seite legen. Mit dem Versammlungsbesuch verhält es sich ebenso. Ein Fünftel seien wohl pünktliche Versammlungsbesucher, ein anderes Fünftel komme nur, wenn Tarifabschlüsse oder Lohnerböhrungen auf Tagesordnung stehen, alle anderen besuchen überhaupt keine Versammlung. Auf dem Wege zum Industriebau wären wir sicher weiter, wenn die Inflation nicht gewesen

wäre. Diese habe aber auch gezeigt, daß gerade in der Berufsorganisation die Interessen der Mitglieder wirksam vertreten werden können.

Der Redner kam dann zu der bekannten Frage: „Was habe ich von dem Verband?“ Mancher Arbeitstolger würde gern dem Verband beitreten, wenn er „Ehrenmitglied“ werden könnte, d. h. in diesem Falle, wenn er keine Beiträge bezahlen brauchte. Recht viele Kollegen und Kolleginnen sehen als Leistungen des Verbandes nur die gewährten Unterstufungen an. So sei zu dem Redner ein Kollege gekommen, der während seiner Mitgliedschaft zum erstenmal erkrankt war und erklärte: „Ich bin seit 25 Jahren Mitglied und habe noch nichts von dem Verbandsbeitrag, jetzt kam ich zum erstenmal Krankengeld beziehen.“ Aber was leistet der Verband? Laut Statistik stehen wir als angeleitete Arbeiter mit unseren Gehältern mit an der Spitze derer Gruppen. Der Redner erinnerte daran, daß es die Spitzenorganisationen waren, die durch ihr Drängen erreichten, daß die staatliche Erwerbslosenfürsorge geschaffen wurde. Den Arbeitsfundament hätte uns selbst die Revolution nicht gebracht oder wäre schon wieder verloren gegangen, wenn die Organisation nicht gewesen wäre. Hinzu kommen noch Ferien, Feiertagsbezahlung und die so nebenbei gewährte Kranken-, Erwerbslosen- und Sterbenunterstützung, diese sind aber nur Mittel zum Zweck. Wie die Wohn- und Arbeitsbedingungen bei schlecht organisierten Berufsgruppen ausfallen, davon führte Kollege Biele ein recht bezeichnendes Beispiel an. Bei der Firma Sprengel (Schokoladenfabrik) bewarb sich ein Angestellter um Stellung. Er mußte einen Fragebogen, der ein paar Dutzend Fragen enthielt, ausfüllen, nachdem dann seine Eignung für den zu besetzenden Posten festgestellt war, wurden dem Bewerber 100 Mt. pro Monat Gehalt geboten.

Wo bleiben die gezahlten Beiträge? Da hört man oft: Sie werden für die hohen Gehälter der „Boszen“ ausgegeben. Auch diese unfürsichtige Behauptung widerlegte der Referent. Wenn von jedem gezahlten Beitrag z. B. 10 Pf. für die Zahlung der Gehälter eingesetzt würden, so können sicher alle Angestellten des Verbandes von der sich ergebenden Summe bezahlt werden. Daß die Höhe der Beiträge nichts mit der Höhe der Gehälter zu tun hat, sehen wir bei den Steinodruckern hier am Orte, wo kein Angestellter vorhanden ist, der Beitrag aber pro Woche 2,30 Mt. beträgt. Wir sollen als Arbeitnehmer keine schlechten Arbeitgeber sein, sondern auch hier vorbildlich wirken. Der Vortragende erwähnte auch in der Kritik den Betriebsräten gegenüber zur Mäßigung, da diese, von geringen Ausnahmen vielleicht abgesehen, ihre Pflicht voll erfüllen. Welchen weitgehenden Schatz das Betriebsratsgesetz dem entlassenen Arbeiter gewährt, zeigte er an einigen Gewerkschaftsurteilen, wo das Gesetz in seiner höchsten Auswirkung zur Anwendung gelangen konnte. Mit der eindringlichen Mahnung, als organisierte Arbeiter auch alle Einfäufe im Konsumverein zu machen und etwaige Spargelber für den Bank der Arbeiter und Angestellten zuzuführen, schloß der Redner seine recht beifällig aufgenommenen Ausführungen.

Der Kassenbericht des Kollegen Bambacher zeigte für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe den Betrag von 7064,90 Mt. Die Einnahme für die Distrikte betrug 4051,11 Mt., die Ausgabe 1638,51 Mt., bleibt ein Kassenbestand von 2417,60 Mt. Die Zahl der Mitglieder beträgt 344 männliche und 462 weibliche, zusammen 986. Kollege Bambacher erwähnte die Funktionäre, in den Betrieben auf pünktliche Zahlung der Beiträge zu achten und teilte dann mit, daß es auf Grund der Ertragsbeiträge möglich war, unseren ausgefallenen arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen seit Oktober eine monatliche Unterstufung von 8 Mt. bzw. 10 Mt. zu zahlen. Zu Weihnachten soll unseren arbeitslosen noch eine besondere Unterstufung gewährt werden.

Ein Antrag aus der Versammlung, daß in Zukunft in den Versammlungen eine Kontrolle der arbeitslosen Mitglieder stattfinden soll, wurde angenommen.

Kartellfrage. Mitgliederversammlung am 4. Dezember. Kollege Rieger erinnerte an die Sammelstellen zu Weihnachtsfesten für die franken und erwerbslosen Kollegen und bat die Mitglieder, recht fleißig zu zeichnen. Darauf gab der Kollege Becht den Kartellbericht, welcher durch Kollegen Rieger noch ergänzt wurde. Er streifte alle Vorkommnisse des Kartells und so erfuhren die Mitglieder u. a. auch nähere Einzelheiten über das geplante Gewerkschaftshaus. Wasdann ergriff Kollege Rieger zu seinem Vortrag über die Unterstufung des Verbandes das Wort. Er erklärte sehr ausführlich die fünf Arten der Verbandsunterstufungen und streifte auch solche Unterstufungsarten, die unser Verband nicht hat, einmal zur Einführung kommen könnten. Kollege Rieger hatte es vorzüglich verstanden, den Mitgliedern die Rechte und Vorteile, die der Verband gewährt, vor Augen zu führen und reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Nach einer ergiebigen Diskussion kamen noch verschiedene Anregungen aus Mitgliederkreisen, welche aber auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden mußten, weil sie größtenteils noch nicht sprechreif sind.

## Rundschau.

Kündigung des Reichsstatfs. Zum nächstzulässigen Termin, dem 31. Dezember 1926, wird der Deutsche Buchdruckerverein E. V. den Reichsstatf für das deutsche Buch- und Zeitungsdruckerhilfspersonal kündigen. Nach einer Mitteilung, die unserem Verbandsvorstand nach Redaktionschluß zugegangen ist, hat der Hauptvorstand der Buchdruckerunternehmer die Kündigung beschlossen. Dieser Entschluß der Unternehmer kommt unseren Mitgliedern sicher nicht überraschend, weil sie auf die damit gegebenen Folgen noch zurückkommen.

Die Kündigung des Buchdruckerstatfs ist durch eine Gewerkschaftsaktion der Buchdrucker, die vom 6. bis 8. Dezember in Berlin tagte, beschlossen worden. Das Lohnabkommen läuft am 28. Januar 1927, der Mantelstatf am 31. März 1927 ab, Kündigungsfrist ist der 31. Dezember 1926. Da unsere Lohnbestimmungen von dem Lohnstatf der Buchdrucker abhängig sind, sind wir natürlich an den Verhandlungen stark beteiligt. Unsere Mitglieder dürfen also ruhig ihre Vorbereitungen treffen und zu einem Tarifkampf rufen, der auch für uns kaum ausbleiben wird.

Mitgliederzahlen Englands: Die Gesamtmitgliederzahl der im britischen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter belief sich Ende 1925 auf 4 358 758. Am Vergleich zu 1913 sind hauptsächlich in folgenden Berufen Zunahmen zu verzeichnen: Landwirtschaft, Textilindustrie (Baumwollindustrie

ausgeschlossen), Papier- und Druckereigewerbe. Die Mitgliederzahl der Frauen stieg von 437 000 im Jahre 1914 auf 832 000 im Jahre 1925.

Der list an der gestellten Fuftekruppe? Es war eines der beliebtesten Agitationsmittel bei den Wahlen, daß nach der Umwälzung der Staatsordnung die Fuftekruppe durch die republikanischen Parteien in maßvoller Weise in Anspruch genommen sei. Daraufhin wurde von der Sozialdemokratie der Antrag eingebracht, daß die Reichsregierung eine Denkschrift vorlegen möge, die eine Uebersicht über die Pensions- und Vorbegehender ehemaliger Minister, Staatssekretäre und Generäle ermöglige. Die Denkschrift wurde jetzt dem Reichstagsauschuß zugestellt. Daraus geht hervor, daß die Republik gegenwärtig an 1857 Minister, Staatssekretäre, Generäle und Admirale Pensionen und Wartegelder im Betrage von 23 093 000 Mt. zahlt. 104 Reichsanzler, Minister und Staatssekretäre erhalten jährlich 1 736 000 Mt., 1599 Generäle bzw. Obersten erhalten 19 423 000 Mt., 122 Admirale dürfen 1 582 000 Mt. jährlich in die Tasche stecken. Die letzten beiden Kategorien sind offensichtliche Feinde der Republik, ihnen werden jährlich über 21 Mill. Mt. in den Hals geworfen. Von den Ministern und Staatssekretären entfallen auf die Zeit vor der Staatsumwälzung 29 Reichsminister und 16 Staatssekretäre und auf die Zeit nach der Staatsumwälzung 31 Reichsminister und 28 Staatssekretäre. 40 Pensionäre der Monarchie beziehen im ganzen 903 000 Mt. und 59 Pensionäre der Republik erhalten 833 000 Mt. Fast die Hälfte der Zivilpensionäre des Reichs befinden sich bei Sozialdemokraten, nämlich Gustav Bauer, Dr. Radbruch und Robert Schmidt. Die Pensionen der drei sozialdemokratischen Minister schwanken zwischen 10 000 und 13 000 Mt. Bei den bürgerlichen Pensionären sind die Pensionen wesentlich höher. Des ferneren sind die bürgerlichen Pensionäre und Offiziere vielfach in hochbegabten Privatstellungen untergebracht. Es sei hier nur erinnert an Dr. Cuno, Dr. Sarres, v. Kaumer, Kamm usw. Die Denkschrift dürfte klar erwiesen haben, daß die Fuftekruppe der Republik umbrängt wird von reaktionären Personen, die dieselbe Republik mit Steinen bewerfen. Nur in Deutschland ist ein solcher Standal möglich.

Frauenarbeit in Japan. Trohdem sich in Japan infolge der weitverbreiteten Textilindustrie etwa ein Drittel der Industriearbeiterin aus Frauen zusammenfetzt, gibt es im ganzen Lande kaum 10 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen. Die Gründe sind darin zu suchen, daß die meisten Arbeiterinnen nur vorübergehend in der Industrie beschäftigt sind, um einige Ersparnisse für ihre Heirat zu machen. Ferner wird ihre Organisation sehr stark durch das sogenannte Schlassaal-System behindert. Von den 25 600 in Japan vorhandenen Textilfabriken unterhalten nicht weniger als 10 570 solche Schlassäle, in denen die Frauen unter strenger Aufsicht der Betriebsleitung wohnen. Ihr Kontakt mit der Außenwelt wird dadurch auf ein Minimum beschränkt. Bricht ein Streik aus, so halten die Unternehmer die Frauen einfach in diesen Schlassälen fest. In neuester Zeit tut der Japanische Gewerkschaftsbund sein Bestes, um die Frauen trotzdem gewerkschaftlich zu erfassen. Die nach der Reorganisation der Landeszentrale gegründete Arbeiterinnenfektion gibt einige Veröffentlichungen heraus, ferner werden Vorträge gehalten usw. Seit dem Jahre 1924 sind auch da und dort lokale Arbeiterinnenorganisationen gegründet worden.

## Literatur.

Die Anlage der Ermäßigung oder Befreiung von den Sozialversicherungsbeiträgen? Von Axelström C. Scherzberg, Koblenz. — Die Schwierigkeiten bei der Anwendung der Verordnung und die wenig verbreitete Kenntnis von ihrem Inhalt haben den Verfasser veranlaßt, die Verordnung nebst ausführlichen Anmerkungen und genauen Anweisungen für den praktischen Gebrauch herauszugeben. Sein Selbstvertrauen sind einige Formulare angefügt. Der Preis ist sehr zu empfinden. Der Preis der Broschüre beträgt 30 Pf. der 20. Stück 2 25 Pf. Bestellungen an die „Reichsliste Biele“, Koblenz, Reichslistenstraße 22—24.

Das neue „Mittelkreis“-Buch „Angela“ von Alfred Otto Stolze. — Alfred Otto Stolze, dessen fleißige Romanarbeiten zunehmend Beachtung sich erfreuen dürfen, legt hier in dem neuen „Mittelkreis“-Büchlein den Roman „Angela“ mit der Welt kirchlich-dogmatischer Bindung aus. Angela, deren Mutter als Bredel verbrannt wurde, ist gesellschaftlich geädelt; die Sünde eines gütigen Mannes, der an einem trostlosen Abend das Freileben schaffen will, veranlaßt sie vor dem Ausbruch der Panikmisse nicht zu zögern, nach verzweifeltstem Ringen schließlich Angelas Leben an der Mutter, die Dunkel und Dummheit um sie erschließen. Die Handlung spielt etwa in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, stolzes Streben ist jedoch ein Einzelstufel aus der bürgerlichen Behnlichkeit herauszuheben und an seinem tragischen Schicksal die Allgegenwärtigkeit des Konflikts zwischen Bernunft und Dogma zu demonstrieren. Jeder, der „Angela“ liest, wird das Werk bewegt und nachdenklich aus der Hand legen. Das Buch, das vom „Mittelkreis“ in würdevoller Ausstattung von der „Sonder-Verlags-Veranstaltung“ werden ist, ist in allen „Mittelkreis“-Zählungen (Verkaufshandlungen) erhältlich, wo am Orte eine Filiale nicht vorhanden ist, sende man sich direkt an: „Der Mittelkreis“, G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6.

Für die Woche vom 19. bis 25. Dezember ist die Beitragsmarke in das 51. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Mitglieder und Orte, die im Jahre 1925 nicht das 53. Feld gefüllt haben, sind verpflichtet, Feld 53 in diesem Jahre in der letzten Woche zu kleben.

Unserer wertigen Kollegin Wilhelmine Dehner in Firma Dieck u. Wüdrath zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle München.

## STERBETAFEL.

Unser treues Mitglied,  
**Hanni Hofschneider**  
Widw. d. Angehörigen in Fa. Gebr. Schmidt wurde uns am 7. Dezember durch den Tod entzogen, im Alter von 20 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt sich  
**Die Rahlfelre Hannover.**

Verantwortlich für Redaktion: A. S. H. u. A., Charlottenburg, Meetscheldstraße 16. Kreisver: Amt Witten 1928. — Verlag: S. C. C. C. Charlottenburg. Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.